

Gießener Echo

Kommunistische Zeitung für Gießen

Nr 1

September 1970

Rückblick und Ausblick

Walter Deeg

Vor 42 Jahren – 1928 – ist das „Gießener Echo“ als Organ der Kommunisten für den Stadt- und Landkreis Gießen zum erstenmal erschienen.

In einer Zeit, als die damalige Regierung Marx in den Etat für das Jahr 1928 die Summe von 9,3 Millionen Mark als erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers A einsetzte und die Bürgerblockmehrheit den Betrag bewilligte, bot das den Anlaß für die Sozialdemokraten und die Kommunisten, ihre Opposition zu verstärken.

Der Bau des Panzerkreuzers A stand deshalb im Mittelpunkt der Wahlpropaganda der Opposition. Die Sozialdemokraten lehnten den Panzerkreuzer aus formellen Gründen ab. Sie wiesen darauf hin, daß ein Panzerkreuzer von nur 10 000 t keinen genügenden Kampfwert besitze und die Finanzlage des Reiches seinen Bau nicht zulasse.

Die Kommunisten dagegen bezeichneten den Bau des Panzerkreuzers A als den Beginn eines neuen imperialistischen Vorstoßes der deutschen Trustherren und Militaristen. (Der Panzerkreuzer A erhielt später den Namen „Deutschland“ und wurde durch die Beschließung der spanischen Stadt Almeria im Frühjahr 1937 unruhlich bekannt.)

Die SPD hatte aber ihren erfolgreichen Wahlkampf unter der Losung gegen den Panzerkreuzer geführt. In dem Wahlauftrag der SPD hieß es unter anderem: „Erst Brot, dann Kriegsschiffe!“ Anstatt jedoch das Panzerkreuzer-Projekt ihrem Wahlversprechen gemäß vor den neuen Reichstag zu bringen, stimmten die SPD-Minister im Reichskabinett der Kiellegung des Schiffes zu. Die Folge war, daß der Vorstand der SPD mit Protesten aus der Mitgliedschaft überschüttet wurde.

Um die Jahreswende 1928/29 machten sich die ersten Anzeichen der beginnenden Wirtschaftskrise bemerkbar, die ihren Anfang in den USA nahm und bald die ganze kapitalistische Welt erfaßte.

Am 1. Mai 1929 erfolgte das Verbot der Mai-Demonstration durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel in Berlin. Die Polizei ging mit MGs gegen die Demonstranten vor. Es gab 33 Tote und viele Verwundete.

Die Arbeitslosenzahlen stiegen in Deutschland ständig an. Sie trugen nach der Krankenkassen-Statistik im Monatsdurchschnitt:

im Jahre 1929	1 260 000
1930	3 076 000
1931	4 520 000
1932	5 603 000

Tatsächlich betrug sie 1932/33 rund 7 Millionen Arbeitslose.

Die Politik des „Kleinere Übel“ des Vorstandes der SPD fand ihre theoretische Begründung durch ihren Gewerkschaftsführer Fritz Tarnow auf dem Leipziger Parteitag im Juni 1931. „Stehen

wir am Krankenbett des Kapitalismus nur als Diagnostiker oder auch als Arzt, der versucht, die Krankheit zu heilen, oder als einziger Erbe, der kaum das Ende erwarten kann und am liebsten noch mit Gift nachhelfen möchte? Mir scheint, daß wir dazu verurteilt sind, beides zu sein: Der Doktor, der ernstlich zu heilen sucht, und zur selben Zeit müssen wir das Gefühl, daß wir die Erben sind, aufrecht erhalten, die vorziehen würden, heute lieber als morgen das ganze kapitalistische System als Erbe zu übernehmen.“ (Zitiert nach dem Protokoll der Leipziger Parteitages.)

Der Vorstand der SPD als Doktor, der den kranken Kapitalismus zu heilen suchte, mußte den parlamentarischen und den außerparlamentarischen Kampf gegen die Brüning-Regierung als unzeitgemäß und ungesetzlich ablehnen. Damit lieferte er sich aber von Anfang an der von ihm geduldeten Brüning-Regierung aus. Ohne auch nur die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, daß die Regierung eines Tages von ihren eigenen Hintermännern gestürzt und durch eine faschistische Regierung abgelöst werden könnte, stimmte der Vorstand der SPD den Brüning'schen März-Notverordnungen zu, die das schon vorher verkrüppelte Streikrecht der Arbeiter beseitigten.

Die Notverordnungs-Diktatur wurde wirksam. Sie gab dem Unternehmer das Recht, die Löhne um 10 – 20 % abzubauen. Die Preise sollten um 5 % gesenkt werden.

In dieser Nummer:

Lohnentwicklung · Seite 4

Metalltarif · Seite 5

Lehrlinge · Seite 8

Gastarbeiter · Seite 5

Vietnam · Seite 6

Schulbücher · Seite 3

**Wer den Monopolen nichts nimmt,
kann den Arbeitern nichts geben!**

Die Reaktion und die Faschisten formierten sich. Der Wahlerfolg Hitlers 1930 und in der Zeit bis zur Machtübernahme war jedoch nicht allein mit der Unzufriedenheit der Volksmassen und mit der Demagogie der Nazi-Propaganda zu erklären. Diese Propaganda hätte nicht entfaltet werden können, wenn Hitler nicht über bedeutende Finanzquellen verfügt hätte. Am 27. Mai 1932 schrieb das Berliner Tageblatt: „Seit dem 1. Januar 1931 bringt der schwerindustrielle Bergbau-Verein seine Zuwendungen an die NSDAP mittels Umlageverfahren auf. Die Aktionäre haben beschlossen, 50 Pfennig pro verkaufte Tonne Kohle abzuliefern.“

Alle Bemühungen der Kommunisten, dieser Entwicklung erfolgreich entgegenzutreten, scheiterten, da die notwendige Einheit der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte nicht zustande kam, obwohl die Kommunisten immer wieder zu einheitlichem Handeln aufriefen. Ihre Parole war: „Hitler — das ist der Krieg!“

1932 entstanden Einheitskomitees der Antifaschistischen Aktion. Der Parteivorstand der SPD untersagte seinen Mitgliedern, an diesem Komitee aktiv teilzunehmen. Die Einheitsfront der SPD und KPD wäre stark genug gewesen, den außerparlamentarischen Kampf erfolgreich zu führen.

Beide Parteien hatten zusammen 1,3 Millionen Mitglieder, die Freien Gewerkschaften 4,5 Millionen.

Die Kommunisten waren von jeher die Todfeinde des Faschismus und des Nazismus. Der Kampf, der sich aus dieser Todfeindschaft ergab, richtete sich nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen Hitler. Dieser Kampf kostete die deutschen Kommunisten zehntausend Todesopfer und Hunderttausende wurden in die Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt. Nicht die Wels, Braun und Severing wurden in diesem Kampf als die Hauptfeinde angesehen, wie das immer behauptet wird, sondern Hitler. Historisch betrachtet trifft aber zu, daß die sozialdemokratische Führerschaft innerhalb der Arbeiterklasse der Hauptgegner der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten war und sie verhinderte.

Als der Vorstand der SPD davon sprach, daß die Nazis, wenn sie an der Regierung beteiligt wären, bald abwirtschaften würden, warnte Ernst Thälmann vor einer solchen selbstmörderischen Politik und schrieb in der „Roten Fahne“ vom 26.4.32: „Wir werden alles, was in unseren Kräften liegt, tun, um Hitler den Weg zur Macht zu versperren.“

Angesichts der ungeheuren Gefahr des Faschismus hat am 26. Mai 1932 das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands sich an alle Arbeiter gewandt mit dem Aufruf zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus: „Die Kommunistische Partei bietet allen die Bruderhand, die ehrlich gewillt sind, diesen Kampf mitzukämpfen. Sie fragt nicht nach dem Mitgliedsbuch. Nicht auf den Organisationsstempel kommt es an, sondern auf das Klassenbewußtsein, auf den Kampfwillen, auf den Mut und die Entschlossenheit! Es gilt den Faschismus zu schlagen und die deutsche Arbeiterklasse zu retten.“

Natürlich gab es auch in der KPD wie in der Sozialdemokratie angesichts der steigenden Wirtschaftskrise und der wachsenden Reaktion Schwankungen und Differenzen. Die von den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hermann Remmele und Heinz Neumann damals vertretenen halbanarchistischen Auffassungen übten zeitweise einen schädlichen Einfluß auf die Tätigkeit der KPD aus. Sie verwischten den Unterschied zwischen den Führern und der Mitgliedschaft der SPD und setzten so unrichtigerweise die Haltung der sozialdemokratischen Arbeiter mit der rechten Position des SPD-Parteivorstandes gleich. Wegen ihrer falschen Politik wurden sie 1932 aus der Parteiführung entfernt.

Die Weimarer Demokratie ist nicht etwa zugrunde gegangen, weil angeblich die Deutschen weder Republikaner noch Demokraten sein können. Sie ist daran zugrunde gegangen, daß die Regierungen, die dazu berufen waren, die demokratische Verfassung zu schützen und zu erweitern, sie in den Dienst des deutschen Imperialismus gestellt haben. Der demokratische Kern der Verfassung wurde von den Schrittmachern Hitlers herausgerissen. Nur noch die beschädigte äußere Hülle blieb, die dem Druck der Reaktion nicht standhalten konnte.

Die Frage: Konnte die Hitler-Diktatur vermieden werden? mag überholt erscheinen. Doch ihre Beantwortung ist zeitgemäßer denn je, wenn man an die Zukunft des deutschen Volkes denkt und nach Kräften sucht, die in der Bundesrepublik die Demokratie sichern können.

Es war besonders die Propaganda des Anti-Kommunismus — auch heute noch ein wirksames Mittel zur Vernebelung der Hirne und Verwirrung des Geistes — die Millionen Menschen blendete und sie hinderte, rechtzeitig zu handeln.

Rückblickend lehrt uns die Geschichte, daß sich diese verhängnisvolle Entwicklung nicht hätte vollziehen können, wenn die demokratischen Kräfte und insbesondere die Arbeiterbewegung rechtzeitig den Weg zum einheitlichen Handeln gefunden hätten.

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler übernahmen am 30. Januar 1933 die Faschisten die Macht in Deutschland.

(Die politische Entwicklung v. 1933 — 1945 in der nächsten Ausgabe)



Antikommunistische Schulungsarbeit

Auch in Hessens Schulen werden antidemokratische und antikommunistische Inhalte weitervermittelt. In den „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht“ vom 5. Juli 1962 wird die antidemokratische und verlogene Gleichsetzung von Rechts und Links zum Lehrprinzip erhoben. Es heißt in den „Richtlinien“ (S.6): „Bei der Darstellung des kommunistischen und des nationalistischen Totalitarismus sind ihre verwerfliche Zielsetzung und ihre verbrecherischen Methoden deutlich zu machen. Die Tatsache, daß die beiden Systeme einander bekämpft haben, darf nicht über ihre enge Verwandtschaft hinwegtäuschen.“ Verbrecherisch ist in Wahrheit die hier unter dem Schlagwort vom „Totalitarismus“ angepriesene Methode, die faschistischen Mörder mit ihren Opfern gleichzusetzen.

Am 20.8.1970 informierte der SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski in Bonn die Presse über die Schwerpunkte der innerparteilichen Arbeit der SPD. Unter anderem erklärte er, für 1971 sei ein „Programm politischer Bildung“ vorgesehen, weil „die politische Arbeit mit den Arbeitern erheblich zu verstärken“ sei. Bei dieser vorgesehenen innerparteilichen Bildungsarbeit der SPD sollen folgende Themen den Vorrang haben: „Außen- und Deutschlandpolitik“, „innere Reformen“ und „geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“.

In der „Staatsbürgerkunde, Ein Leitfaden von R. Mikuleit, Kohlhammer, Stuttgart 1969“ heißt es: (S. 172) „Wir vertreten grundsätzlich die Auffassung, daß allein Bundestag und Bundesregierung legitimiert sind, für ganz Deutschland zu sprechen.“ – Hallstein-Doktrin als Lehrstoff. In einem anderen „Unterrichtswerk“ werden Überlegungen angestellt, wie man die sozialistischen Eigentumsverhältnisse in der DDR zerschlagen und in Landwirtschaft und Industrie wieder kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse in der DDR wiederherstellen kann – nach der „Wiedervereinigung“: „Es stellt sich die Frage, wie bei einer Wiedervereinigung die verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebs- und Besitzverhältnisse in Ost und West miteinander verknüpft werden können... Sind nicht besitzrechtliche Formen möglich, die für die Landwirtschaft des Westens und des Ostens anwendbar sind, ohne daß der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums aufgegeben werden muß? Was über die Landwirtschaft gesagt wurde, gilt auch für viele industrielle Betriebe.“ (Der Mensch in seinem Lebensraum – Länder und Völker, Erdkundliches Unterrichtswerk, Ausgabe B. Klett, Stuttgart 1969/70, S. 205)

Inzwischen wird von der dem Parteivorstand der SPD nahestehenden „Friedrich-Ebert-Stiftung“ eine antikommunistische Broschüre über die DKP verbreitet. Die „Friedrich-Ebert-Stiftung“ hatte in diesem Jahr Schlagzeilen gemacht, da einer ihrer Mitarbeiter in Kuba wegen Spionageverdachts verhaftet und später ausgewiesen wurde.

Wie die faschistischen Regime in Spanien, Portugal und Griechenland im Unterricht behandelt werden sollen, zeigt ein anderes Zitat: „Gut sind die Beziehungen der BRD zu Griechenland und den iberischen Staaten sowie deren lateinamerikanischen Tochterstaaten, ihrer autoritären Regierungsform zum Trotz. Die Regierungen in Lissabon, Madrid und Athen sind so klug, das ideologisch eingefärbte und von realistischer Einsicht ungetrübte außenpolitische Geschätz westdeutscher Gruppenfunktionäre und Europaratmitglieder nicht allzu wichtig zu nehmen und sich auf die mustergültigen wirtschaftlichen und politisch-militärischen Beziehungen zu Bonn zu stützen.“ (Hermann Meyer, Lehrerhandbuch Geschichte, Lehrplan – Vorbereitung – Unterricht, 3. Teilband: Jüngste Zeitgeschichte 1945 – 1968, Weinheim 1969, S. 81) Wenn man darauf hinweist, daß in Griechenland täglich gefoltert wird, daß von der faschistischen Junta Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialisten und andere Demokraten in Konzentrationslager gesperrt werden, dann gilt das für das „Lehrerhandbuch“ als „ideologisch eingefärbt“. Der Lehrer soll darstellen, daß Menschlichkeit und Demokratie nur eine fixe Idee von „Gruppenfunktionären“ ist. „Was Sie sich merken sollen: Als Folge der Bedrohung aus dem Osten haben sich 15 westeuropäische Staaten zur Verteidigung der Freiheit zusammengeschlossen.“ (Staatsbürger von Morgen, Eine Bürgerkunde von Heinz Beckert. Gehlen-Verlag 1968 S. 238) Das ist das Freiheitsverständnis, wie es auch in hessischen Schulen noch übermittelt wird.

DKP-Initiative: Landesbeirat zur Gestaltung der Schulbücher

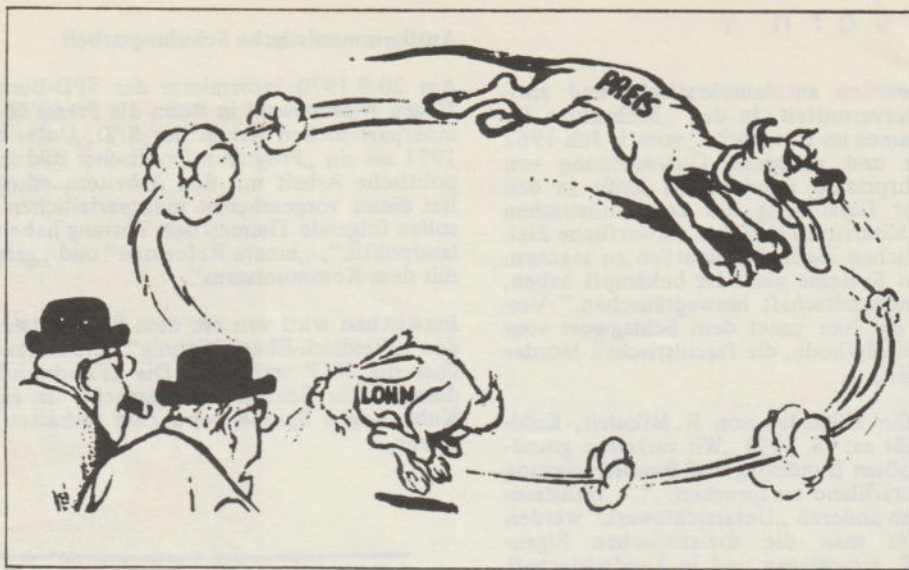
Der Landesvorstand der Deutschen Kommunistischen Partei Hessen hat in einer am 1. September in Wiesbaden der Öffentlichkeit vorgelegten Erklärung u.a. ausgeführt: „Unter Berücksichtigung des Inhaltes des Moskauer Vertrages ist eine Überprüfung der hessischen Schul- und Lehrbücher für Geschichte und Sozialkunde dringend notwendig. Sollen Geist und Inhalt des Moskauer Vertrages einen festen Boden im Denken unserer Jugend und des Volkes erhalten, dann muß alles aus dem Inhalt dieser Bücher entfernt werden, was dem entgegensteht... Viele Lehrbücher gehen aber noch immer von der Nichtanerkennung der Grenzen in Europa aus. Sie beschwören noch immer die sogenannte ‚Gefahr aus dem Osten‘... In ihnen herrscht immer noch das antikommunistische Vokabular des kalten Krieges... Wir fordern die Beseitigung der dem Geist und Inhalt des Moskauer Vertrages zuwiderlaufenden Darstellungen in den hessischen Schul- und Lehrbüchern... Das Bildungsziel muß sowohl den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution, als auch den hohen Zielen des Humanismus, der Völkerverständigung und des Antifaschismus gerecht werden... Die Demokratisierung des Bildungswesens schließt ein, daß die Erziehung der Jugend nicht mehr länger den Ambitionen privater Schulbuchverlage überlassen wird. Wir schlagen die Bildung eines demokratischen Landesbeirates zur Gestaltung aller Schul- und Lehrbücher vor. Ihm sollten Vertreter der Gewerkschaften, antifaschistischer Organisationen, der demokratischen Jugendorganisationen, der Lehrer, Eltern, Schüler und Studenten angehören... Die Vertreter sind ihren Organisationen rechenschaftspflichtig und von diesen jederzeit abberufbar. Aufgaben dieses Landesbeirates sind: Überprüfung der z.Z. vorhandenen Schul- und Lehrbücher; Verantwortlichkeit für den Inhalt aller neu erscheinenden Schul- und Lehrbücher; demokratische Kontrolle zur Verhinderung der Verbreitung von neonazistischem und militaristischem Gedankengut an den Schulen und Lehranstalten.“ Gleichzeitig legte die DKP eine Dokumentation über gegenwärtig in hessischen Schulen benutzte Schul- und Lehrbücher vor. (Siehe auch „Hessen vorn?“)

(Die Redaktion ist dankbar für Hinweise auf ähnliche Passagen in Schulbüchern, die in Gießener Schulen benutzt werden.)

„Bildungsausgaben“

Am 9.7.1970 begründete Bundesfinanzminister Möller (SPD) in Bonn vor der Bundespressekonferenz den Bundeshaushalt 1971 und den Finanzplan des Bundes bis 1974. Dabei erklärte Möller, einer der „Schwerpunkte“ im Rahmen des „Programms der inneren Reformen“ liege „bei Bildung und Wissenschaft mit einer Steigerung von rund 43 Prozent“. Das klingt gewaltig, da eine bescheidene Steigerung der unter diesen Haushaltstitel fallenden Ausgaben, die insgesamt nur ca. 3 Prozent des Gesamthaushalts ausmachen, bereits hohe prozentuale Steigerungsraten ergibt. In absoluten Zahlen sieht das Bild anders aus: Bildungswesen: 4 Milliarden DM, d.h. 1,2 Milliarden DM mehr als 1970
Verteidigung: 21,9 Milliarden DM, d.h. 2,1 Milliarden DM mehr als 1970

Die weitere Aufgliederung der Ausgaben für „Bildung und Wissenschaft“ ist bezeichnend: Für Hochschulen sind vorgesehen 205 Millionen DM Mehrausgaben, dagegen für Kernforschung und Kerntechnik, Weltraumforschung und Luftfahrtforschung, Datenverarbeitung und ähnliche Schwerpunktprogramme, deren Ergebnisse weitgehend den profitorientierten Rüstungskonzernen zugute kommen, steigen die Ausgaben um 800 Millionen DM. In einem vom Bulletin der Bundesregierung am 19.3.1970 veröffentlichten Artikel der Regierungsrätin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Ingeborg Quante, heißt es: „... Rund 72 Prozent dieser Ausgaben (der Ausgaben für Forschung) werden aus Mitteln des Bundes bereitgestellt, insbesondere für die Kern- und Weltraumforschung und die Forschung und Entwicklung für Zwecke der Verteidigung.“



„Jetzt hetzt der erbarmungslose Hase schon wieder das arme Hündchen!“

Lohnanteil erschreckend gesunken

„In den ersten fünf Monaten dieses Jahres machten die Löhne und Gehälter durchschnittlich einen Betrag von 23,30 DM je 100 DM Umsatzerlös in der Industrie aus. Damit bleiben die Lohnkosten auch weiterhin noch unter dem Stand des vergleichbaren Zeitraums des Jahres 1966 . . . Von Januar bis April waren die Lohn- und Gehaltsaufwendungen, bezogen auf 100 DM Umsatzerlös, sogar fortlaufend bis auf 21,90 DM gesunken. Die Behauptungen von einer ‚noch nie dagewesenen‘ Lohnkostenentwicklung werden durch die amtliche Statistik eindeutig widerlegt.“ (DGB-Nachrichtendienst, 3.8.1970) Wenn man hinzufügt, daß in die Statistiken auch die Gehälter der Generaldirektoren als „Lohnkosten“ eingehen, muß von einem erschreckenden Absinken der echten Löhne und Gehälter im Vergleich zu der enormen Steigerung der Profite gesprochen werden.

Das sind Ihre Wahlkreiskandidaten:

Wahlkreis 19 (Gießen Stadt)

Dr. Johannes Henrich von Heiseler (31), 623 Frankfurt-Höchst, Kasinostraße 20, Soziologe, Mitglied des Landesvorstandes der DKP

Stellvertreter: Walter Deeg (59), Gießen-Wieseck, Keßlerstr. 3, Verwaltungsangestellter, Personalrat

Wahlkreis 20 (Gießen Land)

Hans Weiß (51), 63 Gießen, Asterweg 76, Betriebshandwerker, Personalrat

Stellvertreter: Hans-Gerhard Bender (22), 6301 Krofdorf-Gleiberg, Gießener Str. 25, Student

Wahlkreis 21 (Alsfeld)

Alex Walldorf (59), 63 Gießen, Marienbaderstr. 11, selbst. Gewerbetreibender

Stellvertreter: Erika Beltz (25), 63 Gießen, Goethestr. 34, Postangestellte

Termine

In der Zeit vom 20. bis zum 25. September findet eine Veranstaltungsreihe der DFU zum Thema: "Unser Nachbar DDR" statt.

Wir möchten Sie auf diese Veranstaltungen hinweisen und Sie Ihnen empfehlen.

Sonntag, 20.9.1970, 11 Uhr
Vorführung des DEFA-Films
"Nackt unter Wölfen"
Filmtheater Roxy
Beitrag 2,- DM, Jugendliche 1,- DM

Montag, 21.9.1970, 20 Uhr
Diskussion mit Vertretern der DDR
zum Thema: "Die völkerrechtliche
Anerkennung der DDR - der Beitrag
zur Sicherung des Friedens
in Europa"
Kleiner Saal der Kongreßhalle

Dienstag, 22.9.1970, 20 Uhr
"Was ist sozialistische Demokratie?"
Vortragssaal der Kongreßhalle

Donnerstag, 24.9.1970, 20 Uhr
"Welche Rolle spielt die Jugend im
gesellschaftlichen Leben der DDR?"

Freitag, 25.9.1970, 20 Uhr
Schauspieler des Nationaltheaters
bringen Lyrik, Prosa und neue
Lieder aus der DDR
Beitrag 2,- DM
Kleiner Saal der Kongreßhalle

Zur Lage der Gastarbeiter

In Gießen gibt es ein paar Tausend ausländische Arbeiter. Sie werden weit mehr als die deutschen Arbeiter ausgebeutet: niedrigere Löhne, weniger Urlaub, höhere Mieten, Hurenhäuser usw. sind Normalerscheinung. Ein jeder Gastarbeiter der Firma KAHA bekommt weniger als sein deutscher Kollege und wird teilweise untertariflich bezahlt. Eine Firma in Wetzlar verlangt 80,- DM pro Bett, wobei in der Baracke 4 bis 6 Mann schlafen. Einige Firmen bezahlen überhaupt keine Überstundenzuschläge, wie auch weniger Urlaubsgeld (Firma KAHA, Firma Jung - Wetzlar). Die Baracken der Firma M. Abermann in Gießen werden regelmäßig von „dem fahrenden Service“ - Zuhältern besucht. Wenn sich aber jemand der Gewerkschaft anschließen will, dann wird er eingeschüchtert; den Jugoslawen und Türken wird mit Abschiebung gedroht oder sie werden mit Hilfe faschistischer Gruppierungen, die sich die Bundesrepublik als neue Heimat ausgesucht haben, mit Gewalt bei der Stange gehalten, den Griechen, Spaniern und Portugiesen wird mit der Strafe im eigenen Heimatland gedroht. So zeigt im Falle der Gastarbeiter der Kapitalismus sein wahres Gesicht: Ausbeutung und Faschismus. Deshalb ein Aufruf an alle Gastarbeiter:

Schreibt an die Redaktion über die Situation in Eurem Betrieb.
Schließt Euch den Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen an!
Kämpft gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind und übt Solidarität!
Das einzige, was Euch hilft, ist die SOLIDARITÄT!

Dragutin Semmelrot


Metallindustrie: 15 Prozent und nichts weniger!

Der Vorstand der IG Metall hat die Forderungen für die kommende Kampfrunde vorgelegt: Lohn- und Gehaltserhöhungen von 15 Prozent, tarifliche Absicherung außertariflicher Zulagen durch Voranhebung der Ecklöhne, stärkere Anhebung der Löhne unterer Lohngruppen. Angesichts der Profitentwicklung in der Metallindustrie und angesichts des Anstiegs der Lebenshaltungskosten sind diese Forderungen erfüllbar und notwendig. Walter Schmidt von der Wirtschaftsabteilung der IG Metall hatte in „Metall“ Nr. 16/70 festgestellt:

„Die Metallindustrie machte 1969 einen Bruttogewinn von 17,6 Milliarden Mark. Das waren pro Beschäftigten fast 4.000 DM ...

Von 1967 bis 1969 ist die Gewinnspanne von 7,1 auf 7,7 Prozent des Produktionswerts gestiegen, die Quote der Personalkosten von 32 auf 29 Prozent zurückgegangen. Wer danach noch glaubt, die Löhne und Gehälter hätten die Preiswelle verursacht, dem ist nicht zu helfen! Die voraufgegangene Preiswelle schlägt sich jetzt und später in steigenden Verkaufserlösen nieder. Die Gewinne wachsen von Monat zu Monat. Seit der letzten Lohnbewegung ist die Lebenshaltung annähernd 4 Prozent teurer geworden.“ Die Schlußfolgerung: „Ein Rückstand ist aufzuholen: Die Gewinne bieten den nötigen Spielraum!“

Die UZ ist
eine
Zeitung

Die  ist
eine
kritische
Zeitung

Die UZ ist
eine
Arbeiter-
zeitung

Die  ist
eine
kommunistische
Zeitung

Sind Sie an weiteren Informationen über die DKP interessiert?
Möchten Sie Veranstaltungen der DKP besuchen?
Möchten Sie den Wahlkampf der DKP unterstützen?
Wünschen Sie ein Gespräch mit Ihrem Kandidaten?
Wünschen Sie ein Gespräch mit Kommunisten über betriebliche oder kommunale Probleme?

Kreuzen Sie an, was Sie interessiert und senden Sie diesen Abschnitt ein an: Walter Deeg, 63 Gießen-Wieseck, Keßlerstr. 3

Kommt man aus der Volksrepublik China nach Vietnam, so fällt einem schon auf dem Flughafen die entspannte, freundliche Atmosphäre auf, die den Reisenden empfängt. Wer ein Visum hat, wird als ein Freund betrachtet und so wenig wie möglich durch bürokratische Formalitäten oder Verbote belästigt. Ich habe mich überall im Lande frei bewegen können und durfte mit jedem reden. Oft unterhielt ich mich mit Passanten auf der Straße. Niemand fand etwas dabei.

Trotz des Krieges und der Zerstörungen sind die Menschen – auch die Kinder und die Alten – gut ernährt und anständig angezogen – und zwar sowohl in den Städten als auch auf den Dörfern. Wer das Elend in Südvietnam kennt: die blutarmen Gesichter, die spinnengliedrigen Arme und Beine, die aufgetriebenen Bäuche – der begreift, was der Sozialismus hier geleistet hat. Man sieht auch keine bettelnden Krüppel auf der Straße, wie in Saigon. Allerdings auch keinen Luxus. Ausreichend zu essen und das Nötigste an Kleidung gibt es für jeden Bürger des Landes. Und ein vorbildlicher Gesundheitsdienst, dessen Einrichtungen sich bis zu jeder landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft im kleinsten Dorf erstrecken, hat es erreicht, daß die Volksseuchen Lepra, Tuberkulose, Cholera, Pest, Typhus und Kinderlähmungen praktisch ausgerottet sind. Überall gibt es Trinkwasserbrunnen und hygienische Aborte. Die ganze Bevölkerung ist durchgeimpft, wobei die Vietnamesen ihre Impfstoffe selber herstellen. Das bedeutende Hygieneinstitut ist übrigens mit Spenden aus der DDR errichtet. Es wird jedoch von den Vietnamesen selbst, ohne jede ausländische Hilfe, geführt.

Der Wiederaufbau nach dem Ende der amerikanischen Bombardements ist in vollem Gange. Man bekommt eine Aufgabe benannt;

wie man sie im einzelnen ausführt, bleibt jedem überlassen. Da gibt es keine bürokratischen Vorschriften, die jedes Detail regeln wollen. Das regt jeden dazu an, Einfälle zu haben und sich selbst verantwortlich zu fühlen für die Arbeit, die man tut – ob es sich um den Wiederaufbau einer Fabrik, die Einrichtung einer Schule oder die landwirtschaftliche Produktion handelt. Jeder Verantwortliche, der mir seinen Betrieb zeigte, erweckte den Eindruck, daß er mir etwas Eigenes vorführte. Das ist keine Illusion. Dieser Staat mit allen seinen Einrichtungen gehört tatsächlich dem Volk – ja noch mehr, er gehört jedem einzelnen, und jeder einzelne scheint das auch zu wissen. Daher diese Mischung aus Bescheidenheit und Stolz, die charakteristisch für die Vietnamesen ist. Jeder sieht einem in die Augen. Minister und Arbeiter reden miteinander auf gleicher Ebene: das Wort Genosse hat hier einen greifbaren Sinn. Katzbuckeln und Schmeichelei, die man in den von den Amerikanern besetzten Gebieten so oft sieht, sind aus dem Leben der Demokratischen Republik Vietnam verschwunden. Die Menschen hier wissen, daß sie selber die Herren ihres Geschickes sind: heute schon, auch wenn die Armut noch nicht völlig besiegt ist und noch persönliche Opfer im Kampf gegen den Imperialismus gebracht werden müssen. Aber jedem ist klar, was ein Arbeiter mir sagte: „hier haben wir das Nötigste, und wir arbeiten für uns selber. Keiner kann uns in unsere Angelegenheiten hereinreden. Wir müssen dafür kämpfen, daß unsere Brüder im Süden eines Tages unter den gleichen Verhältnissen leben können!“.

Erich Wulff
(6 Jahre Arzt in Süd-Vietnam, bekannt durch seine Veröffentlichungen unter dem Pseudonym Georg Alsheimer, jetzt an der Universität Gießen)

Haschisch und Klassenkampf

Ein beachtlicher Teil der ehemals politisch engagierten Schüler und Studenten gehört heute zum Kreis derjenigen, die – mehr oder weniger regelmäßig – Haschisch, LSD, Heroin und andere berauschende Mittel konsumieren. Angesichts fehlender Untersuchungen müssen die herkömmlichen Verfolgungsmethoden solange als Spiegelfechtere betrachtet werden, als gesellschaftliche Ursachen (Werbung, Konsumzwang u.a.) unberücksichtigt bleiben. Auch geht es weniger um die Frage, ob Haschisch schädlich sei oder nicht, ob es die Tendenz zum „Umsteigen“ auf härtere Drogen begünstigt usw. Es geht vielmehr darum, ob nicht eine bestimmte psychische Verfassung, die nicht zufällig, sondern Bestandteil des gegenwärtigen Gesellschaftssystems ist und nur der herrschenden Klasse dient, den Gebrauch solcher Mittel zu bewirken vermag, unabhängig von der Gefährlichkeit der einzelnen Drogen. So läßt sich auch begreifen, daß die Benutzung einfacherer Rauschmittel oftmals ohne Folgen, bisweilen sogar ohne Wirkung, bleibt.

Eines jedoch gilt es festzustellen: Die Flucht in den Rauschzustand, auch bei Alkohol, ist die Flucht vor der Realität, die es zu verändern gilt. Sie macht jegliche politische Arbeit unmöglich und widerlegt in sich den Anspruch, politische Veränderung bewirken zu wollen, denn am wenigsten kann die herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen derjenige verändern, der unter ihnen sich für frei hält.

Die im ständigen Kampf gegen ihre Unterdrücker sich befinden, haben dies nur allzu klar erkannt. So ist der eindeutigen Ablehnung des Rauschmittelkonsums durch die „Black Panthers“ nicht mehr hinzuzufügen als die Tatsache, daß schon mancher „Trip“ eines G.I. den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes unterstützte.

War Ernesto „Che“ Guevara einmal in seiner revolutionären Praxis Vorbild der Schüler- und Studentenbewegung, so hat sich diese Bewegung teilweise zu einer Subkultur verengt, die mit der Illusion einer Freiheit im Rausch das entgegengesetzte Vorzeichen trägt und alles andere als berauschende Freiheit fördert.

Ein derartiges Freiheitserleben hat nichts gemein mit der Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit aller, die das erklärte Ziel der kommunistischen Bewegung ist, das nur mit klarem Kopf und durch Schulung des Bewußtseins zu erreichen ist.

Hasch u.a. Drogen vernebeln die Hirne und lähmen die Aktivität zum bewußten Handeln.

Wem nützt es? Nur den Schiebern und der herrschenden Klasse.

Verlag Marxistische Blätter

6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Telefon (0611) 28 04 12.

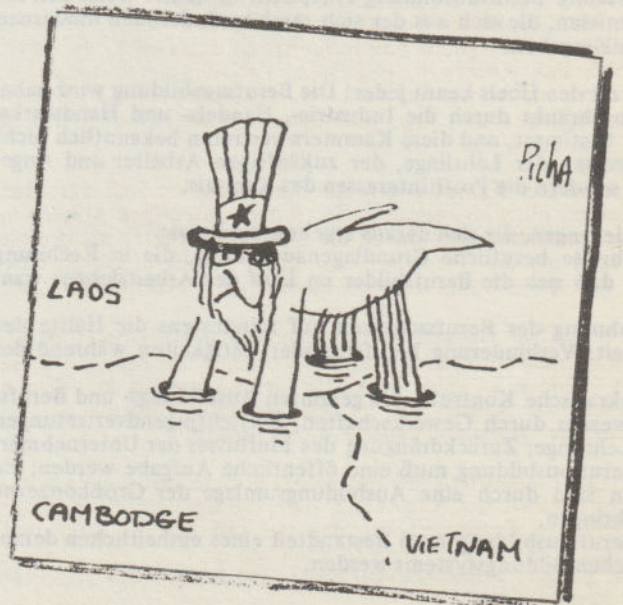
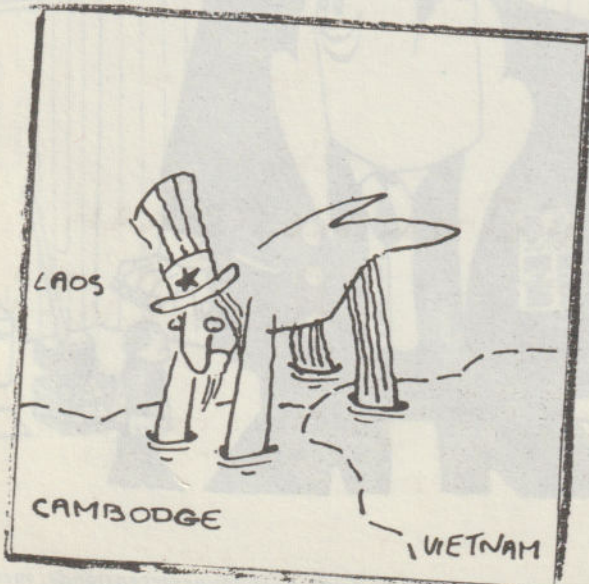
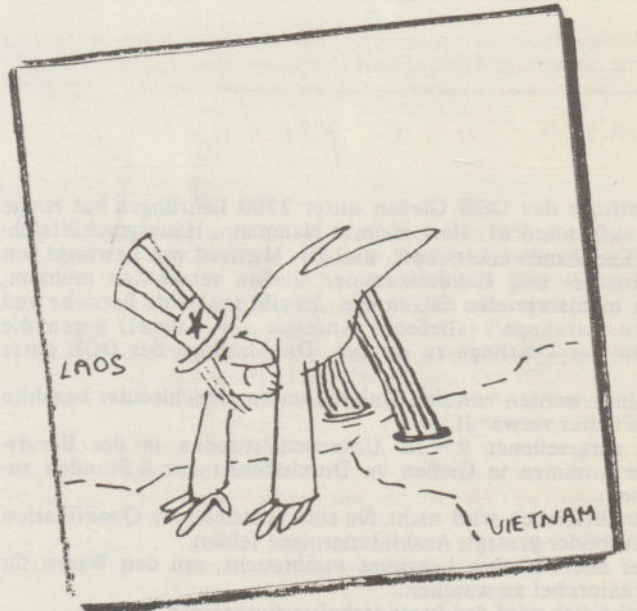
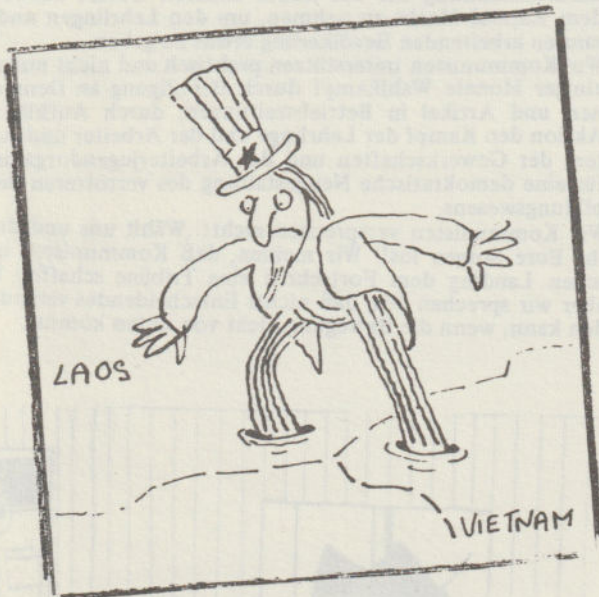
Do Kumente
und
Materialien
der
vietnamesischen
Revolution

Herausgegeben von Jutta
von Freyberg und Kurt
Steinhaus

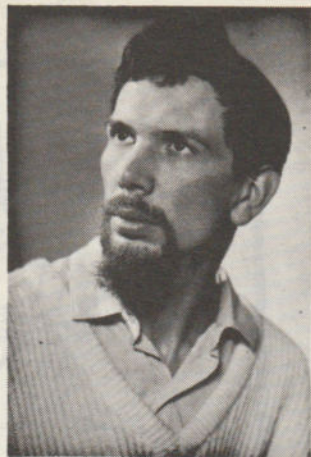
Band 1: Südvietnam

Band 2: Nordvietnam

Je Band DM 3,-



Ausbildung statt Ausbeutung



Dr. Johannes Henrich von Heiseler (31), Soziologe, Mitglied des Landesvorstands der DKP, Kandidat für den Wahlkreis 19 (Gießen Stadt)

Eine Umfrage des DGB Gießen unter 2300 Lehrlingen hat einige Herren aufgeschreckt. Herr Helmut Naumann, Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft, und Dr. Manfred von Lewinski von der Industrie- und Handelskammer Gießen versuchten mühsam, sich mit nichtssagenden Sätzen wie „Es gibt schlechte Betriebe und schlechte Lehrlinge“ (Gießener Anzeiger, 26. August) gegen die Anklagen der Lehrlinge zu wehren. Die Umfrage des DGB hatte gezeigt:

- Lehrlinge werden von den Unternehmern als schlechter bezahlte Hilfsarbeiter verwandt.
- Statt vorgesehener 9 - 12 Unterrichtsstunden in der Berufsschule kommen in Gießen im Durchschnitt nur 6 Stunden zusammen.
- In den Betrieben wird nicht für eine ausreichende Qualifikation der Ausbilder gesorgt; Ausbildungspläne fehlen.
- Immer noch werden Lehrlinge mißbraucht, um den Wagen für den Juniorchef zu waschen.
- Unaufhörlich wird das Jugendarbeitsschutzgesetz verletzt.
- Die gesamte Berufsausbildung entspricht in keiner Weise den Erfordernissen, die sich aus der sich rasch verändernden modernen Technik ergeben.

Die Wurzel des Übels kennt jeder: Die Berufsausbildung wird nahezu unumschränkt durch die Industrie-, Handels- und Handwerkskammer bestimmt, und diese Kammern vertreten bekanntlich nicht die Interessen der Lehrlinge, der zukünftigen Arbeiter und Angestellten, sondern die Profitinteressen des Kapitals.

Die Forderungen, die sich daraus ergeben, sind klar:

- Eine breite berufliche Grundlagenausbildung, die in Rechnung stellt, daß sich die Berufsbilder im Lauf des Arbeitslebens wandeln.
- Ausdehnung der Berufsschulzeit auf mindestens die Hälfte der Lehrzeit; Verhinderung berufsfremder Tätigkeiten während der Lehre.
- Demokratische Kontrolle des gesamten Ausbildungs- und Berufsschulwesens durch Gewerkschaften, Betriebsjugendvertretungen und Lehrlinge; Zurückdrängung des Einflusses der Unternehmer.
- Die Berufsausbildung muß eine öffentliche Aufgabe werden; die Kosten sind durch eine Ausbildungumlage der Großkonzerne aufzubringen.
- Die Berufsausbildung muß Bestandteil eines einheitlichen demokratischen Bildungssystems werden.

50 Jahre lang hatten die deutschen Gewerkschaften ein neues Berufsausbildungsgesetz gefordert. Schon 1919 wollten sie ein Gesetz vom Tisch haben, das damals schon 50 Jahre alt war: Die Preussische Gewerbeordnung von 1869, deren Inhalt überdeutlich im Paragraph 5 ausgedrückt wurde: „Der Lehrling ist der Zucht des Lehrherrn unterworfen.“ Im vorigen Jahr wurde die „Oma Gewerbeordnung“, wie Lehrlinge das Gesetz getauft haben, genau 100 Jahre alt. Am 12. Juni 1969 wurde das Gesetz durch ein scheinbar neues, das „Berufsausbildungsgesetz“ abgelöst. Aber in dem neuen Gesetz lebt der alte Inhalt fort; nur altertümelnde Worte wie „Zucht“ wurden durch „moderner“ klingende ersetzt. Die Parlamentsabgeordneten der Bonner Parteien zeigten im übrigen, wie sehr sie die Zukunft der Jugend interessiert: Bei der Verabschiedung des Gesetzes saßen um 22.18 Uhr am 12. Juni 1969 von 504 Abgeordneten ganze 54 im Plenarsaal.

Von einer „Modernisierung der Berufsausbildung in Hessen“ werden möglicherweise jetzt, vor den Landtagswahlen, verschiedene Parteien sprechen. (Vielleicht versucht sogar die CDU, die als Bonner Regierungspartei zwei Jahrzehnte lang die Möglichkeit gehabt hätte, hier etwas wirklich zu verändern, auf diesem Feld demagogisch Punkte zu sammeln.) Von allen einzelnen Fragen abgesehen, gibt es drei grundlegende Unterschiede zwischen unserer Haltung und der aller anderen Parteien:

- Wir Kommunisten sprechen klar aus, daß es auf dem Gebiet der Berufsausbildung wie auf jedem anderen Gebiet notwendig ist, dem Kapital Macht zu nehmen, um den Lehrlingen und der gesamten arbeitenden Bevölkerung etwas zu geben.
- Wir Kommunisten unterstützen praktisch und nicht nur während einiger Monate Wahlkampf durch Beteiligung an Demonstrationen und Artikel in Betriebszeitungen, durch Aufklärung und Aktion den Kampf der Lehrlinge und der Arbeiter und Angestellten, der Gewerkschaften und der Arbeiterjugendorganisationen für eine demokratische Neugestaltung des verrotteten Berufsausbildungswesens.
- Wir Kommunisten versprechen nicht: ‚Wählt uns und dann seid Ihr eure Sorgen los!‘ Wir meinen, daß Kommunisten im hessischen Landtag dem Fortschritt eine Tribüne schaffen können, aber wir sprechen aus, daß nichts Entscheidendes verändert werden kann, wenn die Bewegung nicht von unten kommt.



„Dort in der Ecke stehen deine Ausbildungsgegenstände, mein Junge!“